Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom 22.07.2013; in Kraft getreten am 27.07.2013	Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____	
Aufgrund von § 7 Abs. 3 S. 1 i. V. m. § 41 Abs. 1 S. 2 Buchst. f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW 1994, S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.10.2012 (GV. NRW S. 474), hat der Rat der Stadt Eschweiler am 17.07.2013 mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates die folgende Hauptsatzung beschlossen:	Aufgrund von § 7 Abs. 3 S. 1 i. V. m. § 41 Abs. 1 S. 2 Buchst. f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW 1994, S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.11.2016 (GV. NRW 2016 S. 966), hat der Rat der Stadt Eschweiler am 13.12.2016 mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Rates die folgende Hauptsatzung beschlossen:	
<p><u>Inhaltsverzeichnis:</u></p> <p>§ 1 Name, Bezeichnung, Gebiet § 2 Siegel, Wappen, Flagge § 3 Funktionsbezeichnungen § 4 Gleichstellung von Frau und Mann § 5 Integrationsrat § 6 Bezeichnung des Rates § 7 Dringliche Entscheidungen § 8 Unterrichtung der Einwohner § 9 Anregungen und Beschwerden § 10 Öffentliche Bekanntmachung § 11 Genehmigungspflicht für Verträge § 12 Bildung von Ausschüssen § 13 Zuständigkeit der Ausschüsse und des Integrationsrates § 14 Schulausschuss § 15 Bürgermeister § 16 Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters § 17 Beigeordnete</p>	<p><u>Inhaltsverzeichnis:</u></p> <p>§ 1 Name, Bezeichnung, Gebiet § 2 Siegel, Wappen, Flagge § 3 Funktionsbezeichnungen § 4 Gleichstellung von Frau und Mann § 5 Integrationsrat § 6 Bezeichnung des Rates § 7 Dringliche Entscheidungen § 8 Unterrichtung der Einwohner § 9 Anregungen und Beschwerden § 10 Öffentliche Bekanntmachung § 11 Genehmigungspflicht für Verträge § 12 Bildung von Ausschüssen § 13 Zuständigkeit der Ausschüsse und des Integrationsrates § 14 Bürgermeister § 15 Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters § 16 Beigeordnete § 17 Verpflichtung der Mandatsträger</p>	<p>Der bisherige § 14 betr. Schulausschuss entfällt (siehe Seite 12). Die Nummerierung ändert sich entsprechend.</p>

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung		Neue Fassung		Bemerkungen
§ 18	Verpflichtung der Mandatsträger	§ 18	Auskunftspflicht der Mandatsträger	
§ 19	Auskunftspflicht der Mandatsträger	§ 19	Ersatz des Verdienstausfalls, Aufwandsentschädigung, Unfallversicherung	
§ 20	Ersatz des Verdienstausfalls, Aufwandsentschädigung, Unfallversicherung	§ 22	Zuständigkeit des Rates in dienst- und arbeitsrechtlichen Entscheidungen für Bedienstete in Führungsfunktionen	
§ 21	Zuständigkeit des Rates in dienst- und arbeitsrechtlichen Entscheidungen für Bedienstete in Führungsfunktionen	§ 21	In-Kraft-Treten der Hauptsatzung	
§ 22	In-Kraft-Treten der Hauptsatzung			
§ 1 Name, Bezeichnung, Gebiet		§ 1 Name, Bezeichnung, Gebiet		
(1)	Die Stadt Eschweiler führt die Bezeichnung "Stadt Eschweiler".	(1)	Die Stadt Eschweiler führt die Bezeichnung "Stadt Eschweiler".	
(2)	Das Stadtgebiet ergibt sich aus der als Anlage dieser Satzung beigefügten topographischen Karte im Maßstab 1 : 25.000.	(2)	Das Stadtgebiet ergibt sich aus der als Anlage dieser Satzung beigefügten topographischen Karte im Maßstab 1 : 25.000.	
§ 2 Siegel, Wappen, Flagge		§ 2 Siegel, Wappen, Flagge		
(1)	Die Stadt führt ein Dienstsiegel mit dem Stadtwappen und der Umschrift "Stadt Eschweiler".	(1)	Die Stadt führt ein Dienstsiegel mit dem Stadtwappen und der Umschrift "Stadt Eschweiler".	
(2)	Das Wappen der Stadt zeigt in goldenem Felde einen schwarzen Löwen mit roter Zunge und roten Krallen, der in den Vorderpranken einen aufgerichteten blauen Schlüssel hält. Über dem Wappenschild befindet sich eine ziegelrote, dreitürmige Mauerkrone.	(2)	Das Wappen der Stadt zeigt in goldenem Felde einen schwarzen Löwen mit roter Zunge und roten Krallen, der in den Vorderpranken einen aufgerichteten blauen Schlüssel hält. Über dem Wappenschild befindet sich eine ziegelrote, dreitürmige Mauerkrone.	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>(3) Die Flagge zeigt die Farben schwarz-gelb-blau.</p>	<p>(3) Die Flagge zeigt die Farben schwarz-gelb-blau.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 3 Funktionsbezeichnungen</p> <p>Die in dieser Satzung verwendeten Funktionsbezeichnungen werden in weiblicher oder männlicher Form geführt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 3 Funktionsbezeichnungen</p> <p>Die in dieser Satzung verwendeten Funktionsbezeichnungen werden in weiblicher oder männlicher Form geführt.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 4 Gleichstellung von Frau und Mann</p> <p>(1) Der Bürgermeister bestellt eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte sowie für den Fall ihrer Verhinderung eine Stellvertreterin.</p> <p>(2) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Stadt mit, die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben. Dies sind insbesondere soziale, organisatorische und personelle Maßnahmen, einschließlich Stellenausschreibungen, Auswahlverfahren und Vorstellungsgespräche; die Gleichstellungsbeauftragte hat insbesondere die Aufstellung und Änderung des Frauenförderplans sowie die Erstellung des Berichts über die Umsetzung des Frauenförderplans durchzuführen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 4 Gleichstellung von Frau und Mann</p> <p>(1) Der Bürgermeister bestellt eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte sowie für den Fall ihrer Verhinderung eine Stellvertreterin.</p> <p>(2) Die Gleichstellungsbeauftragte wirkt bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Stadt mit, die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben. Dies sind insbesondere soziale, organisatorische und personelle Maßnahmen, einschließlich Stellenausschreibungen, Auswahlverfahren und Vorstellungsgespräche; die Gleichstellungsbeauftragte hat insbesondere die Aufstellung und Änderung des Frauenförderplans sowie die Erstellung des Berichts über die Umsetzung des Frauenförderplans durchzuführen.</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung		Neue Fassung		Bemerkungen
(3)	Der Bürgermeister unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gemäß Abs. 2 rechtzeitig und umfassend.	(3)	Der Bürgermeister unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gemäß Abs. 2 rechtzeitig und umfassend.	
(4)	Die Gleichstellungsbeauftragte kann, soweit Beratungsgegenstände ihres Aufgabenbereiches behandelt werden, an Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse teilnehmen. Ihr ist auf Wunsch das Wort zu erteilen. Sie kann die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches unterrichten. Hierüber ist der Bürgermeister vorab zu informieren. Die Entscheidung, ob ein Beratungsgegenstand eine Angelegenheit des Aufgabenbereiches der Gleichstellungsbeauftragten ist, obliegt dem Bürgermeister bzw. bei Ausschusssitzungen dem Ausschussvorsitzenden.	(4)	Die Gleichstellungsbeauftragte kann, soweit Beratungsgegenstände ihres Aufgabenbereiches behandelt werden, an Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse teilnehmen. Ihr ist auf Wunsch das Wort zu erteilen. Sie kann die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches unterrichten. Hierüber ist der Bürgermeister vorab zu informieren. Die Entscheidung, ob ein Beratungsgegenstand eine Angelegenheit des Aufgabenbereiches der Gleichstellungsbeauftragten ist, obliegt dem Bürgermeister bzw. bei Ausschusssitzungen dem Ausschussvorsitzenden.	
(5)	Die Vorlagen und Vorinformationen zu Beratungsgegenständen, die den übrigen Rats- bzw. Ausschussmitgliedern zugesandt werden, sind spätestens gleichzeitig auch der Gleichstellungsbeauftragten zuzuleiten, sofern Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches in Frage stehen.	(5)	Die Vorlagen und Vorinformationen zu Beratungsgegenständen, die den übrigen Rats- bzw. Ausschussmitgliedern zugesandt werden, sind spätestens gleichzeitig auch der Gleichstellungsbeauftragten zuzuleiten, sofern Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches in Frage stehen.	
(6)	Die Gleichstellungsbeauftragte kann in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, den Beschlussvorlagen des Bürgermeisters widersprechen; in diesem Fall hat der Bürgermeister den Rat zu Beginn der Beratung auf den	(6)	Die Gleichstellungsbeauftragte kann in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, den Beschlussvorlagen des Bürgermeisters widersprechen; in diesem Fall hat der Bürgermeister den Rat zu Beginn der Beratung auf den	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen.</p>	<p>Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 5 Integrationsrat</p> <p>(1) Die Stadt bildet einen Integrationsrat. Der Integrationsrat besteht aus 11 Mitgliedern, die gemäß § 27 Abs. 2 S. 1 GO NRW direkt gewählt wurden, sowie aus Ratsmitgliedern, deren Zahl der Rat unmittelbar nach der Kommunalwahl bestimmt. Die Zahl der Ratsmitglieder darf hierbei die Zahl der gewählten Migrantenvvertreter nicht erreichen. Die Ratsmitglieder werden in analoger Anwendung vom § 50 Abs. 3 GO NRW bestellt.</p> <p>(2) Der Vorsitzende und seine beiden Stellvertreter werden von allen Mitgliedern aus der Mitte des Integrationsrates gewählt.</p> <p>(3) Der Wahltag für die nach § 27 GO NRW durchzuführenden Integrationsratswahlen wird innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist durch den Rat festgesetzt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 5 Integrationsrat</p> <p>(1) Die Stadt bildet einen Integrationsrat. Der Integrationsrat besteht aus 11 Mitgliedern, die gemäß § 27 Abs. 2 S. 1 GO NRW direkt gewählt wurden, sowie aus Ratsmitgliedern, deren Zahl der Rat unmittelbar nach der Kommunalwahl bestimmt. Die Zahl der Ratsmitglieder darf hierbei die Zahl der gewählten Migrantenvvertreter nicht erreichen. Die Ratsmitglieder werden in analoger Anwendung vom § 50 Abs. 3 GO NRW bestellt.</p> <p>(2) Der Vorsitzende und seine beiden Stellvertreter werden von allen Mitgliedern aus der Mitte des Integrationsrates gewählt.</p> <p>(3) Der Wahltag für die nach § 27 GO NRW durchzuführenden Integrationsratswahlen wird innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Frist durch den Rat festgesetzt.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 6 Bezeichnung des Rates</p> <p>Der Rat führt die Bezeichnung „Rat der Stadt Eschweiler“.</p>	<p style="text-align: center;">§ 6 Bezeichnung des Rates</p> <p>Der Rat führt die Bezeichnung „Rat der Stadt Eschweiler“.</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p style="text-align: center;">§ 7 Dringliche Entscheidungen</p> <p>Dringliche Entscheidungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. des Hauptausschusses (§ 60 Abs. 1 S. 1 GO NRW) oder 2. des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW) sowie 3. des Bürgermeisters mit einem Ausschussvorsitzenden oder einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 2 S.1 GO NRW) <p>bedürfen der Schriftform.</p>	<p style="text-align: center;">§ 7 Dringliche Entscheidungen</p> <p>Dringliche Entscheidungen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. des Hauptausschusses (§ 60 Abs. 1 S. 1 GO NRW) oder 2. des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 S. 2 GO NRW) sowie 3. des Bürgermeisters mit einem Ausschussvorsitzenden oder einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 2 S.1 GO NRW) <p>bedürfen der Schriftform.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 8 Unterrichtung der Einwohner</p> <p>(1) Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt zu unterrichten. In anderen Angelegenheiten erfolgt die Unterrichtung durch den zuständigen Ausschuss oder den Bürgermeister. Die Unterrichtung hat möglichst früh zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z. B. Hinweis in der örtlichen Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung der Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) wird von Fall zu Fall entschieden.</p>	<p style="text-align: center;">§ 8 Unterrichtung der Einwohner</p> <p>(1) Der Rat hat die Einwohner über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt zu unterrichten. In anderen Angelegenheiten erfolgt die Unterrichtung durch den zuständigen Ausschuss oder den Bürgermeister. Die Unterrichtung hat möglichst früh zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z. B. Hinweis in der örtlichen Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung der Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) wird von Fall zu Fall entschieden.</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>(2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um wichtige Planungen oder Vorhaben der Stadt handelt, die die strukturelle Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.</p> <p>(3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt die Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet er die Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller im Rat vertretenen Fraktionen sowie den Einzelvertretern der dem Rat angehörenden politischen Gruppierungen und dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.</p>	<p>(2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um wichtige Planungen oder Vorhaben der Stadt handelt, die die strukturelle Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.</p> <p>(3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt die Einwohner durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet er die Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller im Rat vertretenen Fraktionen sowie den Einzelvertretern der dem Rat angehörenden politischen Gruppierungen und dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>(4) Die dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtspflicht bleibt unberührt.</p>	<p>(4) Die dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtspflicht bleibt unberührt.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 9 Anregungen und Beschwerden</p> <p>(1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt fallen.</p> <p>(2) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden bildet der Rat einen Anregungs- und Beschwerdeausschuss.</p> <p>(3) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden zuständige Ausschuss hat diese inhaltlich zu prüfen. Danach überweist er sie an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.</p> <p>(4) Antragsteller sind von der Entscheidung durch den Bürgermeister zu unterrichten.</p> <p>(5) Das Rückholrecht des Rates bleibt unberührt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 9 Anregungen und Beschwerden</p> <p>(1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt fallen.</p> <p>(2) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden bildet der Rat einen Anregungs- und Beschwerdeausschuss.</p> <p>(3) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden zuständige Ausschuss hat diese inhaltlich zu prüfen. Danach überweist er sie an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.</p> <p>(4) Antragsteller sind von der Entscheidung durch den Bürgermeister zu unterrichten.</p> <p>(5) Das Rückholrecht des Rates bleibt unberührt.</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>(6) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fallen, sind vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Antragsteller sind hierüber zu unterrichten.</p>	<p>(6) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fallen, sind vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Antragsteller sind hierüber zu unterrichten.</p>	
<p>(7) Eingaben, die weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z. B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.), sind ohne Beratung durch den Ausschuss dem Bürgermeister zur weiteren Veranlassung zuzuleiten.</p>	<p>(7) Eingaben, die weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben (z. B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.), sind ohne Beratung durch den Ausschuss dem Bürgermeister zur weiteren Veranlassung zuzuleiten.</p>	
<p>(8) Von einer Prüfung von Anregungen und Beschwerden ist abzusehen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> a) sie sich gegen Verwaltungshandlungen richten, gegen die Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe eingelegt werden können, b) ihr Inhalt einen Straftatbestand erfüllt, c) gegenüber bereits geprüften Anregungen oder Beschwerden nichts Neues vorgetragen wird. 	<p>(8) Von einer Prüfung von Anregungen und Beschwerden ist abzusehen, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> a) sie sich gegen Verwaltungshandlungen richten, gegen die Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe eingelegt werden können, b) ihr Inhalt einen Straftatbestand erfüllt, c) gegenüber bereits geprüften Anregungen oder Beschwerden nichts Neues vorgetragen wird. 	
<p>(9) Antragstellern kann aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.</p>	<p>(9) Antragstellern kann aufgegeben werden, Anregungen oder Beschwerden in der für eine ordnungsgemäße Beratung erforderlichen Anzahl einzureichen. Die Beratung kann in diesen Fällen bis zur Einreichung der notwendigen Unterlagen ausgesetzt werden.</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p style="text-align: center;">§ 10 Öffentliche Bekanntmachung</p> <p>(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden im Amtsblatt der Stadt Eschweiler vollzogen.</p> <p>(2) Sind öffentliche Bekanntmachungen in der durch Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, erfolgt die Bekanntmachung durch Aushang an der Bekanntmachungstafel in der Eingangshalle des Rathauses sowie an den Aushangtafeln im Bürgerbüro der Stadt Eschweiler, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.</p>	<p style="text-align: center;">§ 10 Öffentliche Bekanntmachung</p> <p>(1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden im Amtsblatt der Stadt Eschweiler vollzogen.</p> <p>(2) Sind öffentliche Bekanntmachungen in der durch Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, erfolgt die Bekanntmachung durch Aushang an der Bekanntmachungstafel in der Eingangshalle des Rathauses sowie an den Aushangtafeln im Bürgerbüro der Stadt Eschweiler, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 11 Genehmigungspflicht für Verträge</p> <p>(1) Verträge der Stadt mit Rats- und Ausschussmitgliedern, mit dem Bürgermeister und leitenden Dienstkräften bedürfen der Genehmigung des Rates.</p> <p>(2) Keiner Genehmigung bedürfen:</p> <p>a) Verträge nach feststehendem Tarif, b) Verträge, denen der zuständige Ausschuss auf der Grundlage einer von der Stadt vorgenommenen Ausschreibung</p>	<p style="text-align: center;">§ 11 Genehmigungspflicht für Verträge</p> <p>(1) Verträge der Stadt mit Rats- und Ausschussmitgliedern, mit dem Bürgermeister und leitenden Dienstkräften bedürfen der Genehmigung des Rates.</p> <p>(2) Keiner Genehmigung bedürfen:</p> <p>a) Verträge nach feststehendem Tarif, b) Verträge, denen der zuständige Ausschuss auf der Grundlage einer von der Stadt vorgenommenen Ausschreibung</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>c) zugestimmt hat, Verträge, deren Abschluss ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 41 Abs. 3 GO NRW) darstellt.</p> <p>(3) Zu den leitenden Dienstkräften im Sinne dieses Paragraphen gehören die Beigeordneten und die Bediensteten in Führungsfunktionen im Sinne des § 73 Abs. 3 GO NRW.</p>	<p>c) zugestimmt hat, Verträge, deren Abschluss ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 41 Abs. 3 GO NRW) darstellt.</p> <p>(3) Zu den leitenden Dienstkräften im Sinne dieses Paragraphen gehören die Beigeordneten und die Bediensteten in Führungsfunktionen im Sinne des § 73 Abs. 3 GO NRW.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 12</p> <p style="text-align: center;">Bildung von Ausschüssen</p> <p>(1) Der Rat bildet folgende Ausschüsse:</p> <p>Haupt- und Finanzausschuss Rechnungsprüfungsausschuss Anregungs- und Beschwerdeausschuss Kulturausschuss Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss Schulausschuss Sozial- und Seniorenausschuss Sportausschuss Jugendhilfeausschuss Umlegungsausschuss Wahlausschuss Wahlprüfungsausschuss</p> <p>(2) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen, er trägt die Bezeichnung Haupt- und Finanzausschuss.</p>	<p style="text-align: center;">§ 12</p> <p style="text-align: center;">Bildung von Ausschüssen</p> <p>(1) Der Rat bildet folgende Ausschüsse:</p> <p>Haupt- und Finanzausschuss Rechnungsprüfungsausschuss Anregungs- und Beschwerdeausschuss Kulturausschuss Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss Schulausschuss Sozial- und Seniorenausschuss Sportausschuss Jugendhilfeausschuss Umlegungsausschuss Wahlausschuss Wahlprüfungsausschuss</p> <p>(2) Die Aufgaben des Finanzausschusses werden vom Hauptausschuss wahrgenommen, er trägt die Bezeichnung Haupt- und Finanzausschuss.</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>(3) Der Rat kann weitere Ausschüsse und Unterausschüsse sowie Arbeitsgruppen bilden. Er behält sich vor, über die Arbeit der Ausschüsse und der Vertretung durch den Bürgermeister allgemeine Richtlinien aufzustellen.</p>	<p>(3) Der Rat kann weitere Ausschüsse und Unterausschüsse sowie Arbeitsgruppen bilden. Er behält sich vor, über die Arbeit der Ausschüsse und der Vertretung durch den Bürgermeister allgemeine Richtlinien aufzustellen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 13 Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Integrationsrates</p> <p>Die Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Integrationsrates regelt der Rat in einer Zuständigkeitsordnung.</p>	<p style="text-align: center;">§ 13 Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Integrationsrates</p> <p>Die Zuständigkeiten der Ausschüsse und des Integrationsrates regelt der Rat in einer Zuständigkeitsordnung.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 14 Schulausschuss</p> <p>Für die Erteilung oder Verweigerung der Zustimmung nach § 61 Abs. 4 des Schulgesetzes NRW ist der Schulausschuss zuständig.</p>	<p style="text-align: center;">entfällt</p>	<p>Anpassung an die aktuelle Rechtslage</p> <p>Die Nummerierung der nachfolgenden Paragraphen ändert sich entsprechend (siehe Inhaltsverzeichnis).</p>
<p style="text-align: center;">§ 15 Bürgermeister</p> <p>Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält. Nähere Einzelheiten sind in der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Eschweiler festgelegt.</p>	<p style="text-align: center;">§ 14 Bürgermeister</p> <p>Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält. Nähere Einzelheiten sind in der Zuständigkeitsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Eschweiler festgelegt.</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p style="text-align: center;">§ 16 Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters</p> <p>Der Rat wählt zu Beginn der ersten Sitzung nach der Neuwahl auf die Dauer seiner Wahlzeit aus seiner Mitte den 1. und den 2. ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters. Sie vertreten den Bürgermeister bei der Leitung der Ratssitzungen und bei der Repräsentation. Ist der Bürgermeister verhindert, ergibt sich eine Vertretung durch die Stellvertreter des Bürgermeisters in der vorgenannten Reihenfolge.</p>	<p style="text-align: center;">§ 15 Wahl der Stellvertreter des Bürgermeisters</p> <p>Der Rat wählt zu Beginn der ersten Sitzung nach der Neuwahl auf die Dauer seiner Wahlzeit aus seiner Mitte den 1. und den 2. ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters. Sie vertreten den Bürgermeister bei der Leitung der Ratssitzungen und bei der Repräsentation. Ist der Bürgermeister verhindert, ergibt sich eine Vertretung durch die Stellvertreter des Bürgermeisters in der vorgenannten Reihenfolge.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 17 Beigeordnete</p> <p>Die Zahl der zu wählenden Beigeordneten wird auf zwei festgesetzt. In dieser Zahl sind der Allgemeine Vertreter des Bürgermeisters, der die Bezeichnung Erster Beigeordneter führt, und der Stadtkämmerer inbegriffen.</p>	<p style="text-align: center;">§ 16 Beigeordnete</p> <p>Die Zahl der zu wählenden Beigeordneten wird auf zwei festgesetzt. In dieser Zahl sind der Allgemeine Vertreter des Bürgermeisters, der die Bezeichnung Erster Beigeordneter führt, und der Stadtkämmerer inbegriffen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 18 Verpflichtung der Mandatsträger</p> <p>(1) Bei der Einführung werden die Stellvertreter des Bürgermeisters und die übrigen Ratsmitglieder vom Bürgermeister mit folgender Erklärung verpflichtet:</p> <p>„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes</p>	<p style="text-align: center;">§ 17 Verpflichtung der Mandatsträger</p> <p>(1) Bei der Einführung werden die Stellvertreter des Bürgermeisters und die übrigen Ratsmitglieder vom Bürgermeister mit folgender Erklärung verpflichtet:</p> <p>„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde.“</p> <p>(2) Sachkundige Bürger, sachkundige Einwohner und sonstige Ausschussmitglieder werden vom Vorsitzenden des Ausschusses entsprechend Abs. 1 verpflichtet.</p> <p>(3) Der Verpflichtete kann die Erklärung durch religiöse Beteuerung mit den Worten bekräftigen:</p> <p>„Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe.“</p> <p>Die Verpflichtung kann auch ohne religiöse Beteuerungsformel geleistet werden.</p> <p>Beteuerungsformeln als Mitglied anderer Religions- oder Bekenntnisgemeinschaften sind zulässig.</p>	<p>und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde.“</p> <p>(2) Sachkundige Bürger, sachkundige Einwohner und sonstige Ausschussmitglieder werden vom Vorsitzenden des Ausschusses entsprechend Abs. 1 verpflichtet.</p> <p>(3) Der Verpflichtete kann die Erklärung durch religiöse Beteuerung mit den Worten bekräftigen:</p> <p>„Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe.“</p> <p>Die Verpflichtung kann auch ohne religiöse Beteuerungsformel geleistet werden.</p> <p>Beteuerungsformeln als Mitglied anderer Religions- oder Bekenntnisgemeinschaften sind zulässig.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 19 Auskunftspflicht der Mandatsträger</p> <p>(1) Innerhalb eines Monats nach ihrer Verpflichtung haben die Rats- und Ausschussmitglieder dem Bürgermeister schriftlich Auskunft über ihre wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse zu geben, soweit dies für die Ausübung ihrer Tätigkeit von Bedeutung sein kann. Im Einzelnen ist Folgendes anzugeben:</p> <p>a) Name, Vorname, Anschrift</p>	<p style="text-align: center;">§ 18 Auskunftspflicht der Mandatsträger</p> <p>(1) Innerhalb eines Monats nach ihrer Verpflichtung haben die Rats- und Ausschussmitglieder dem Bürgermeister schriftlich Auskunft über ihre wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse zu geben, soweit dies für die Ausübung ihrer Tätigkeit von Bedeutung sein kann. Im Einzelnen ist Folgendes anzugeben:</p> <p>a) Name, Vorname, Anschrift</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>b) Familienstand, ggf. Namen des Ehe- bzw. Lebenspartners und der Kinder.</p> <p>c) gegenwärtig ausgeübte Berufe, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei unselbständiger Tätigkeit: Angabe des Arbeitgebers mit Branche bzw. Dienstherr, Angabe der dienstlichen Stellung bzw. Funktion - bei selbständigen Gewerbetreibenden: Art des Gewerbes und Angabe der Firma - bei freien Berufen und sonstigen selbständigen Berufen: Angabe des Berufs und Berufszweiges sowie der Firma <p>Bei mehreren gleichzeitig ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit kenntlich zu machen.</p> <p>d) Beraterverträge, insbesondere über die entgeltliche Beratung, Vertretung fremder Interessen oder der Erstattung von Gutachten, soweit diese Tätigkeiten außerhalb des von ihnen angezeigten Berufs erfolgen.</p>	<p>b) Familienstand, ggf. Namen des Ehe- bzw. Lebenspartners und der Kinder.</p> <p>c) gegenwärtig ausgeübte Berufe, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - bei unselbständiger Tätigkeit: Angabe des Arbeitgebers mit Branche bzw. Dienstherr, Angabe der dienstlichen Stellung bzw. Funktion - bei selbständigen Gewerbetreibenden: Art des Gewerbes und Angabe der Firma - bei freien Berufen und sonstigen selbständigen Berufen: Angabe des Berufs und Berufszweiges sowie der Firma <p>Bei mehreren gleichzeitig ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit kenntlich zu machen.</p> <p>d) Beraterverträge, insbesondere über die entgeltliche Beratung, Vertretung fremder Interessen oder der Erstattung von Gutachten, soweit diese Tätigkeiten außerhalb des von ihnen angezeigten Berufs erfolgen.</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
e) Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 3 des Aktiengesetzes.	e) Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 3 des Aktiengesetzes.	
f) Mitgliedschaft in Organen von rechtlich verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Absatz 1 und Absatz 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen.	f) Mitgliedschaft in Organen von rechtlich verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Absatz 1 und Absatz 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen.	
g) Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.	g) Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.	
h) Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien.	h) Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien.	
i) Grundvermögen innerhalb des Stadtgebietes sowie die Beteiligung an Unternehmen mit Sitz oder einer Tätigkeit in der Stadt Eschweiler.	i) Grundvermögen innerhalb des Stadtgebietes sowie die Beteiligung an Unternehmen mit Sitz oder einer Tätigkeit in der Stadt Eschweiler.	
(2) Änderungen der Angaben nach Abs. 1 sind unverzüglich dem Bürgermeister mitzuteilen.	(2) Änderungen der Angaben nach Abs. 1 sind unverzüglich dem Bürgermeister mitzuteilen.	
(3) Die Auskunftspflicht umfasst nicht die Mitteilung von Tatsachen über Dritte, für die der Auskunftsverpflichtete gesetzliche Zeugnisverweigerungsrechte oder Verschwiegenheitspflichten geltend machen kann.	(3) Die Auskunftspflicht umfasst nicht die Mitteilung von Tatsachen über Dritte, für die der Auskunftsverpflichtete gesetzliche Zeugnisverweigerungsrechte oder Verschwiegenheitspflichten geltend machen kann.	
(4) Von den Auskunftspflichten unberührt bleiben	(4) Von den Auskunftspflichten unberührt bleiben	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>gegenüber Prüfeinrichtungen im Einzelfall zu gebende Auskünfte sowie die Pflicht gemäß § 31 GO NRW eine Befangenheit im Einzelfall anzuzeigen.</p> <p>(5) Die Angaben nach § 18 Absatz 1 Buchst. a, c - h, werden nach Anhörung der Mandatsträger jährlich unter Berücksichtigung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und überwiegender berechtigter Belange Dritter in geeigneter Form öffentlich bekannt gemacht.</p> <p>(6) Die nach § 18 Absatz 1 Buchst. b und i erteilten Auskünfte dürfen nur im Rahmen der Geschäftsführung des Rates und der Ausschüsse verwendet werden; sie werden nicht öffentlich bekannt gemacht und sind im Übrigen vertraulich zu behandeln.</p> <p>(7) Nach Ablauf der Wahlperiode sind die Daten der ausgeschiedenen Mandatsträger unverzüglich zu löschen.</p>	<p>gegenüber Prüfeinrichtungen im Einzelfall zu gebende Auskünfte sowie die Pflicht gemäß § 31 GO NRW eine Befangenheit im Einzelfall anzuzeigen.</p> <p>(5) Die Angaben nach § 18 Absatz 1 Buchst. a, c - h, werden nach Anhörung der Mandatsträger jährlich unter Berücksichtigung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung und überwiegender berechtigter Belange Dritter in geeigneter Form öffentlich bekannt gemacht.</p> <p>(6) Die nach § 18 Absatz 1 Buchst. b und i erteilten Auskünfte dürfen nur im Rahmen der Geschäftsführung des Rates und der Ausschüsse verwendet werden; sie werden nicht öffentlich bekannt gemacht und sind im Übrigen vertraulich zu behandeln.</p> <p>(7) Nach Ablauf der Wahlperiode sind die Daten der ausgeschiedenen Mandatsträger unverzüglich zu löschen.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 20 Ersatz des Verdienstausfalls, Aufwandsentschädigung, Unfallversicherung</p> <p>(1) Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls, der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist. Im Falle der</p>	<p style="text-align: center;">§ 19 Ersatz des Verdienstausfalls, Aufwandsentschädigung, Unfallversicherung</p> <p>(1) Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls, der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist. Im Falle der</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich sind, besteht der Anspruch auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode, jedoch nicht für mehr als 4 aufeinanderfolgende Arbeitstage im Jahr.</p> <p>Der Verdienstausschlag wird für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:</p> <p>a) Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz wird auf 10,-- € festgesetzt.</p> <p>b) Unselbständigen wird der tatsächlich entstandene und den Regelstundensatz übersteigende Verdienstausschlag gegen entsprechenden Nachweis, z.B. durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.</p> <p>c) Selbständige erhalten eine Verdienstausschlagpauschale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens nach billigem Ermessen festgesetzt wird, sofern sie den Regelstundensatz übersteigt. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche</p>	<p>Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich sind, besteht der Anspruch auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode, jedoch nicht für mehr als 4 aufeinanderfolgende Arbeitstage im Jahr.</p> <p>Der Verdienstausschlag wird für jede Stunde der versäumten Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde voll zu rechnen ist. Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:</p> <p>a) Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten den durch § 45 GO NRW i. V. m. der Entschädigungsverordnung festgesetzten Regelstundensatz, es sei denn dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben.</p> <p>b) Unselbständigen wird der tatsächlich entstandene und den Regelstundensatz übersteigende Verdienstausschlag gegen entsprechenden Nachweis, z.B. durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers ersetzt.</p> <p>c) Selbständige erhalten eine Verdienstausschlagpauschale je Stunde, die im Einzelfall auf der Grundlage des glaubhaft gemachten Einkommens nach billigem Ermessen festgesetzt wird, sofern sie den Regelstundensatz übersteigt. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in</p>	<p>Anpassung an die neue Rechtslage (Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung)</p>

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>che Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.</p> <p>d) In keinem Fall darf der Verdienstaussatzersatz den Betrag von 20,-- € je Stunde überschreiten.</p> <p>(2) Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach SGB XI ist, oder einen Haushalt mit mindestens 3 Personen führen und nicht weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.</p> <p>(3) Ist während der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt eine entgeltliche Kinderbetreuung notwendig, werden die nachgewiesenen Kosten auf Antrag erstattet; dieses gilt nicht für Zeiträume, für die Entschädigung nach Abs. 1 oder 2 geleistet wird. Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalls werden glaubhaft nachgewiesen (z.B. bei behinderten Kindern).</p>	<p>der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird.</p> <p>d) In keinem Fall darf der Verdienstaussatzersatz den gem. § 45 GO NRW in Verbindung mit der Entschädigungsverordnung festgesetzten Höchstbetrag je Stunde überschreiten.</p> <p>(2) Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach SGB XI ist, oder einen Haushalt mit mindestens 3 Personen führen und nicht weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.</p> <p>(3) Ist während der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt eine entgeltliche Kinderbetreuung notwendig, werden die nachgewiesenen Kosten auf Antrag erstattet; dieses gilt nicht für Zeiträume, für die Entschädigung nach Abs. 1 oder 2 geleistet wird. Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalls werden glaubhaft nachgewiesen (z.B. bei behinderten Kindern).</p>	<p>Anpassung an die neue Rechtslage (Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung)</p>

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p>(4) Neben dem Ersatz des Verdienstausfalls werden an Ratsmitglieder, sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner folgende Entschädigungen (§ 45 Abs. 4 und 5 GO NRW) nach der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung) in der jeweils gültigen Fassung gezahlt:</p> <p>a) Ratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung.</p> <p>b) Sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner erhalten für die mandatsbedingt erforderliche Teilnahme an Ausschuss-, Fraktions- und Teilfraktionssitzungen sowie an Sitzungen von Unterausschüssen und Arbeitsgruppen ein Sitzungsgeld in Höhe des in der Entschädigungsverordnung festgesetzten Betrages. Stellvertretende Sachkundige Bürger und stellvertretende Sachkundige Einwohner erhalten unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles für die mandatsbedingt erforderliche Teilnahme an Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld. Die Anzahl der Fraktions-/Teilfraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld bezahlt wird, ist auf jährlich 15</p>	<p>(4) Neben dem Ersatz des Verdienstausfalls werden an Ratsmitglieder, sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner folgende Entschädigungen (§ 45 Abs. 4 und 5 GO NRW) nach der Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung) in der jeweils gültigen Fassung gezahlt:</p> <p>a) Ratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrages nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung.</p> <p>b) Sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner erhalten für die mandatsbedingt erforderliche Teilnahme an Ausschuss-, Fraktions- und Teilfraktionssitzungen sowie an Sitzungen von Unterausschüssen und Arbeitsgruppen ein Sitzungsgeld in Höhe des in der Entschädigungsverordnung festgesetzten Betrages. Stellvertretende Sachkundige Bürger und stellvertretende Sachkundige Einwohner erhalten unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles für die mandatsbedingt erforderliche Teilnahme an Fraktionssitzungen ein Sitzungsgeld. Die Anzahl der Fraktions-/Teilfraktionssitzungen, für die ein Sitzungsgeld bezahlt wird, ist auf jährlich 15</p>	

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p style="text-align: center;">Sitzungen beschränkt.</p> <p>(5) Neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO NRW zustehen, erhalten die stellv. Bürgermeister, die Fraktionsvorsitzenden und die stellv. Fraktionsvorsitzenden eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach Maßgabe des § 46 GO NRW in Verbindung mit der Entschädigungsverordnung.</p> <p>(6) Für genehmigte Dienstreisen erhalten Ratsmitglieder, sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner Reisekostenvergütung nach dem Landesreisekostengesetz, soweit diese nicht von Dritten getragen wird.</p> <p>Vor Antritt der Reise ist dem Bürgermeister eine Reiseanmeldung mit der Einladung oder entsprechenden anderen Unterlagen rechtzeitig vorzulegen. Parteipolitische Veranstaltungen sind von dieser Regelung ausgeschlossen.</p> <p>(7) Die Stadt schließt entsprechend § 7 Entschädigungsverordnung eine zusätzliche private Unfallversicherung in angemessener Höhe für alle Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse ab. Die Einzelheiten beschließt der Stadtrat.</p>	<p style="text-align: center;">Sitzungen beschränkt.</p> <p>(5) Neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO NRW zustehen, erhalten die stellv. Bürgermeister, die Vorsitzenden der Ausschüsse, die Fraktionsvorsitzenden und die stellv. Fraktionsvorsitzenden eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach Maßgabe des § 46 GO NRW in Verbindung mit der Entschädigungsverordnung. Hiervon ausgenommen sind neben dem Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses die Vorsitzenden aller in § 12 Abs. 1 dieser Hauptsatzung aufgeführten Ausschüsse.</p> <p>(6) Für genehmigte Dienstreisen erhalten Ratsmitglieder, sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner Reisekostenvergütung nach dem Landesreisekostengesetz, soweit diese nicht von Dritten getragen wird.</p> <p>Vor Antritt der Reise ist dem Bürgermeister eine Reiseanmeldung mit der Einladung oder entsprechenden anderen Unterlagen rechtzeitig vorzulegen. Parteipolitische Veranstaltungen sind von dieser Regelung ausgeschlossen.</p> <p>(7) Die Stadt schließt entsprechend § 7 Entschädigungsverordnung eine zusätzliche private Unfallversicherung in angemessener Höhe für alle Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse ab. Die Einzelheiten beschließt der Stadtrat.</p>	<p>Anpassung an die neue Rechtslage (Art. 1 des Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung)</p>

Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom _____

Geltende Fassung	Neue Fassung	Bemerkungen
<p style="text-align: center;">§ 21 Zuständigkeit des Rates in dienst- und arbeitsrechtlichen Entscheidungen für Bedienstete in Führungsfunktionen</p> <p>(1) Der Rat macht von der Ermächtigung des § 73 Absatz 3 Satz 2 GO NRW Gebrauch und bestimmt, dass für Bedienstete in Führungsfunktionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Bediensteten zur Stadt verändern, durch den Rat im Einvernehmen mit dem Bürgermeister zu treffen sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.</p>	<p style="text-align: center;">§ 20 Zuständigkeit des Rates in dienst- und arbeitsrechtlichen Entscheidungen für Bedienstete in Führungsfunktionen</p> <p>(1) Der Rat macht von der Ermächtigung des § 73 Absatz 3 Satz 2 GO NRW Gebrauch und bestimmt, dass für Bedienstete in Führungsfunktionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis oder das Arbeitsverhältnis eines Bediensteten zur Stadt verändern, durch den Rat im Einvernehmen mit dem Bürgermeister zu treffen sind, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.</p>	
<p style="text-align: center;">§ 22 In-Kraft-Treten der Hauptsatzung</p> <p>Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Stadt Eschweiler vom 11.03.2008 außer Kraft.</p>	<p style="text-align: center;">§ 21 In-Kraft-Treten</p> <p>Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 22.07.2013 außer Kraft.</p>	